

DR Kongo: Etappensieg

Bei der Präsidentschaftswahl bleibt die internationale Gemeinschaft gefordert

Dunja Speiser*

Erstmals seit 41 Jahren hat die Demokratische Republik Kongo wieder demokratisch gewählt. Die erste Runde der Präsidentschafts- und Legislativwahlen am 30. Juli verlief relativ reibungslos, was angesichts der enormen logistischen Herausforderungen nicht zu erwarten war. Da kein Präsidentschaftskandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, kommt es voraussichtlich am 29. Oktober zur Stichwahl zwischen Amtsinhaber Joseph Kabila (unabhängiger Kandidat) und Vizepräsident Jean-Pierre Bemba (Führer der ehemaligen Rebellenbewegung MLC). Die Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse am 20. August war Auslöser bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen der Präsidiargarde Kabilas und den Milizen Bembas in Kinshasa. Nur die militärische und diplomatische Intervention der UN-Friedensmission MONUC, die von der europäischen Eingreiftruppe EUFOR und dem Internationalen Komitee zur Begleitung der Transition (CIAT) unterstützt wurde, konnte eine Eskalation der Gewalt verhindern. In der Nationalversammlung erzielte die Parteien-Allianz Kabilas eine Mehrheit, die ihr den Posten des Premierministers und damit das Recht auf Regierungsbildung sichern könnte.

Am 7. September wurden die Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung verkündet. Von den insgesamt 500 Sitzen gehen 234 an Kabilas Allianz der Präsidentschaftlichen Mehrheit (AMP) und 116 an Bembas Vereinigung der Nationalisten des Kongo (RENACO). Die anstehenden Verhandlungen über die Bildung einer koalitionsfähigen absoluten Mehrheit werden die Aufmerksamkeit auf das Parlament und die gewaltenteilenden Funktionen des neuen politischen Systems lenken. Dieses System wurde durch das Verfassungsreferendum im Dezember 2005 bestätigt. Während die verfassungsmäßigen Kompetenzen

des Präsidenten auf die Verteidigungs- und Außenpolitik beschränkt sind, erledigt der Premierminister die Regierungsgeschäfte in allen übrigen Bereichen. In der aktuellen Diskussion gewinnt dieser Posten ebenso an Bedeutung wie die Person, die ihn übernehmen wird. Da der Präsident den Regierungschef ernennt, ist eine Regierungsbildung vor November nicht möglich. Schon jetzt aber beginnt im AMP- und RENACO-Lager das Buhlen um Koalitionspartner.

Aufgrund des komplizierten proportionalen Wahlsystems mit offenen Listen (Präferenzwahl) werden die Mandate auf 132 Parteien verteilt, von denen nur fünf

* Dunja Speiser arbeitet in Kinshasa für das Bureau for Institutional Reform and Democracy und promoviert über den Wiederaufbau von Post-Conflict-Staaten

auf zwischen 5% bis 22% der Stimmen kommen. Diese starke Fragmentierung ist für die langfristige Friedenssicherung indes von Vorteil: Sie verhindert die unmittelbare absolute Mehrheit einer Gruppierung, zwingt zum Konsens und garantiert eine breite Repräsentativität der Bevölkerung im Parlament. Die Nationalversammlung tritt bereits am 22. September zusammen. Als erste demokratisch legitimierte Institution bietet sie eine Alternative zur Gewaltoption, für die sich Kabila und Bemba nach Proklamation der Wahlergebnisse am 20. August entschieden haben.

Die dreitägigen schweren Kämpfe zwischen den Präsidialgardisten und Bembas Milizen in Kinshasas Innenstadt fanden ihren Höhepunkt in Kabilas Angriff auf eine Residenz Bembas. In der Residenz hielten sich zu diesem Zeitpunkt neben dem Vizepräsidenten auch Mitglieder des CIAT auf, darunter 14 Botschafter und der Repräsentant des UN-Generalsekretärs, William Swing. Die Ereignisse nährten die Sorgen um einen friedlichen Ausgang des Transitionsprozesses und warfen die Frage nach den Ursachen der unverhältnismäßigen Gewaltanwendung auf.

Gewalt unter Gewinnern

Ein Blick auf die erste Wahlkampagne lässt erkennen, wie sich die politischen Spannungen angestaut haben, die sich nach dem 20. August gewaltsam entluden.

Während der einmonatigen Wahlkampfphase führte Bemba eine Hetzkampagne gegen Präsident Kabila, die vor allem mit dem eigens geprägten Begriff »Congolité« operierte, der Bembas nationale Gesinnung hervorkehren und den Präsidenten diskreditieren sollte: Kabila, der kein Kongolese sei, habe während seiner Regierungszeit den Kongo an das Ausland verkauft; er sei ein schwacher Präsident, eine Marionette der internationalen Gemeinschaft. Zur Verbreitung dieser Botschaften nutzte Bemba vor allem seine Radio- und Fernsehstationen, die Medienexperten bereits mit dem Propagandasender »Radio Mille Col-

lines« verglichen haben, der eine unheilvolle Rolle beim ruandischen Völkermord gespielt hatte. Auch Kabila nutzte die nationalen Fernsehstationen für Propagandazwecke. Vor allem nach der Wahl wurde Bemba darin als Kriegsverbrecher und Menschenrechtsverletzer hingestellt.

Folgende Erwägungen könnten Kabila zu einem gewalttätigen Vorgehen gegen Bemba veranlasst haben: (1) Er demonstrierte seine Macht und (militärische) Stärke und zeigte Bemba die Grenzen im anstehenden Wahlkampf auf. (2) Durch den Angriff auf die Radio- und Fernsehsender des MLC-Führers beschränkte Kabila dessen Medien- und Propagandakapazität. (3) Mit dem Beschluss der Bemba-Residenz, in der sich CIAT-Mitglieder aufhielten, entkräftete Kabila den Vorwurf, eine Marionette der internationalen Gemeinschaft zu sein.

Vor allem im Westen des Kongo erhält man die Bestätigung, dass die Problematisierung der Nationalität Kabilas und seine mangelnde Kenntnis der dortigen Lokalsprache Lingala ausschlaggebend für die Wahl Bembas waren. Die nationalistisch-xenophobische Strategie scheint dem MLC-Führer, der insgesamt 20% der Stimmen gewann, deutliche Mehrheiten in den Provinzen Bas-Congo, Kinshasa und seiner Heimatregion Equateur eingebracht zu haben.

Kabila, der insgesamt 44,8% der Stimmen erhielt, fuhr vor allem in den östlichen, von den Konflikten zwischen 1996 und 2001 stark betroffenen Regionen Province Oriental, den drei Kivu-Regionen und der väterlichen Heimatprovinz Katanga überwältigende Mehrheiten ein. In den Augen seiner Wähler steht er für Frieden und Wiedervereinigung des Landes. Und schließlich hat er sein Versprechen eingelöst, demokratische Wahlen abzuhalten.

Schwieriger Wahlkampf

Die Kampagnenphase zählt zu den Schwachstellen des Wahlprozesses. Chancengleichheit für die 33 Präsidentschaftskandidaten hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die Mehrheit musste

mangels Ressourcen einen lokal begrenzten Wahlkampf führen. Allein Kabila und Bemba hatten ausreichend Mittel, im ganzen Land ungehindert Wahlkampf zu machen und durch persönliche Auftritte in allen Regionen Stimmen zu gewinnen. 50 Mio. US-Dollar soll Kabila, 20 Mio. Bemba in die erste Runde investiert haben. Der prominenteste Oppositionskandidat, der UDPS-Vorsitzende Etienne Tshisekedi, dem große Chancen auf einen zweiten Platz bei der Präsidentschaftswahl eingeräumt wurden, hatte die Wahl boykottiert. Andere aussichtsreiche Kandidaten wurden in ihrem Wahlkampf massiv behindert.

Wahltag

Die Wahlen stellten an ein Land weitgehend ohne Infrastruktur enorme logistische Herausforderungen. Unter diesen Umständen verliefen sie reibungslos und von wenigen Ausnahmen abgesehen friedlich. Mehr als 70% der ca. 25 Mio. Kongolesen, die sich bis November 2005 registriert hatten, gaben am 30. Juli unter freien und fairen Bedingungen ihre Stimme ab. Dabei hatten sie in fast 50 000 Wahllokalen nicht nur zwischen 33 Präsidentschaftskandidaten zu entscheiden, sondern auch zwischen mehr als 9000 Kandidaten für die Nationalversammlung.

Während die Organisation am Wahltag überzeugte, lässt sich dies vor allem vom Auszählungsprozess in Kinshasa nicht behaupten. Chaotische Zustände schürten Betrugsvorwürfe und gaben aufgrund der zeitlichen Ausdehnung des Prozesses viel Raum für negative Stimmungsmache. Als Erschwernis wirkte nicht zuletzt das Präferenzwahlssystem, als dessen Folge in den vier Wahlkreisen Kinshasas jeweils über 900 Kandidaten auf sechsseitigen Wahlzetteln im DIN-A2-Format zur Auswahl standen. Vereinzelt Unregelmäßigkeiten wurden festgestellt, punktuelle Ergebnisse fallen aus dem Rahmen. Hauptsächlich Organisationsdefizite auf Seiten der Unabhängigen Wahlkommission CEI waren

für die Unzulänglichkeiten in der Auszählungsphase verantwortlich.

Zweite Runde – Chancen und Risiken

Die notwendig gewordene Stichwahl zwischen Kabila und Bemba, die mit der Wahl der Provinzparlamente zusammenfällt, eröffnet Chancen, die sich für den demokratischen Lernprozess des Landes nutzen lassen: (1) Da der Wahlkommission und der internationalen Gemeinschaft vorgeworfen wurde, sich gezielt für den Machterhalt Kabilas einzusetzen, gewinnen beide an Glaubwürdigkeit, wenn die Stichwahl fair verläuft. (2) Hätte Kabila mit nur knapp über 50% der Stimmen gesiegt, wäre seine Präsidentschaft mit einem starken Legitimationsdefizit behaftet gewesen, vor allem im politisch wichtigen Kinshasa. (3) Da in der Nationalversammlung Koalitionsverhandlungen notwendig sind, können beide Kandidatenlager ein Schattenkabinetten bilden. Wahlkampf und Entscheidung der Wähler finden im Rahmen einer breiteren Personaldebatte statt und werden auf inhaltliche Aspekte gelenkt. (4) Die Wahlkommission erhält die Chance, die technischen Defizite der ersten Runde zu beheben und damit ihre Legitimität zu erhöhen. (5) Das Defizit an Informationen über den Wahlprozess und das neue politische System kann durch verstärkte Wählererziehung verringert werden.

Der zweite Durchgang birgt aber auch Risiken: (1) Da Bemba weiterhin mit dem Thema »Congolité« Wahlkampf machen dürfte, drohen sich die politischen Auseinandersetzungen durch fremdenfeindliche Parolen aufzuheizen. Dies wiederum würde eine Ost-West-Spaltung des Kongo zementieren. Nur breite Koalitionsverhandlungen und die Unterbindung xenophober Politik können dies verhindern. (2) Erneute gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen dem Verlierer und Gewinner nach der zweiten Wahlrunde gelten als wahrscheinlich.

Ausblick

Kabila verfügt im Moment über eine deutliche Mehrheit, ohne dass sein Sieg in der Endrunde gewiss wäre. Sein Wählerpotential im Osten scheint weitgehend ausgeschöpft, während Bemba im Westen noch erhebliches Potential mobilisieren kann. Das endgültige Resultat wird maßgeblich von den Empfehlungen der unterlegenen Kandidaten abhängen – vor allem der nächstplazierten Präsidentschaftsbewerber, Antoine Gizenga (13%), François Joseph Mobutu (4,8%) und Oscar Kashala (3,5%) –, aber auch vom Verhalten Tshisekedis, dessen Aufruf zum Wahlboykott viele seiner Anhänger vermutlich in die Arme des MLC-Kandidaten getrieben hat. Zahlreiche Wähler, vor allem in Kinshasa, werden nach dem Motto »Alles außer Kabila« wohl für Bemba votieren – das in ihren Augen geringe intellektuelle Niveau, fehlendes Charisma und die mangelnde rhetorische Begabung Kabilas machen ihn für viele unwählbar. Bembas fremdenfeindliche Töne finden reichen Nährboden – vor allem unter den vielen arbeits- und perspektivlosen jungen Menschen in der Hauptstadt, die leicht zu mobilisieren sind.

Nach den Gewaltereignissen bedauern es viele Kongolesen, die Wahl zwischen zwei Militärs entscheiden zu müssen. Beide Männer sichern ihre Macht durch private Armeen ab, die jeglicher nationalen Kontrolle entzogen sind. Zudem wird beklagt, dass es den Mitgliedern der Übergangsregierung nicht untersagt wurde, für die Präsidentschaft zu kandidieren. In anderen Post-Konflikt-Ländern konnten mit einem solchen Verbot ehemalige Kriegsherren ausgegrenzt werden.

Die aktuellen Vorkommnisse machen mehreres deutlich:

1. Sie verweisen auf den neuralgischen Punkt des Transitionsarrangements: die unzureichend durchgeführte Sicherheitsreform. Insbesondere die Integration der verschiedenen Milizen in eine nationale Armee ist nicht abgeschlossen, die Präsidialgarde blieb ausgespart. Die internationale Gemeinschaft muss mit allen zur

Verfügung stehenden Mitteln folgende Forderungen durchsetzen, um den Fortgang eines friedlichen Demokratisierungsprozesses zu ermöglichen: (a) Sowohl Präsidialgarde wie Bemba-Milizen müssen vor und während der Wahlen kaserniert bleiben; (b) die neuerlich an die Kabila-Regierung gelieferten Waffen (u.a. Panzer) müssen unter MONUC-Kontrolle gestellt werden; (c) die Präsidialgarde muss nach den Wahlen auf ein kleines Kontingent zurückgeführt werden; (d) die Bildung einer nationalen Armee ist prioritär voranzutreiben.

2. EUFOR hat ihrem Auftrag gemäß zur Absicherung des Wahlprozesses beigetragen. Es stellte sich heraus, dass eine relativ kleine Zahl von Soldaten eine wichtige Rolle spielen kann und die Fokussierung des Einsatzes auf die Hauptstadt zu Recht erfolgte. Einem Antrag auf Verlängerung des EUFOR-Mandats sollte der Deutsche Bundestag daher zustimmen. Die objektiven Kosten des Einsatzes sind hoch – die relativen jedoch weitaus geringer, führt man sich die massiven Investitionen vor Augen, die in diesen bislang teuersten Friedens- und Wahlprozess geflossen sind. Um deren Nachhaltigkeit zu sichern, muss die aktuell kritische politische Phase robust militärisch abgesichert werden. Nur wenn der Friede Bestand hat, kann seine Dividende an die Bevölkerung ausbezahlt werden. Wahlen in Nachkriegsgesellschaften finden wahrscheinlich nie zum richtigen Zeitpunkt statt. Die kongolesische Bevölkerung duldet keine Aufschiebung mehr und forderte legitimierte Vertreter für die neuen politischen Institutionen. Die internationale Gemeinschaft hat die Wahlen ermöglicht und muss nun sicherstellen, dass der Kongo einen weiteren Schritt in Richtung Demokratie getan hat, der nicht mehr rückgängig zu machen ist.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364